

Der Eindruck der Präsidentschaftswahl im Ausland.

Die Wahl Hindenburgs das Tagesgespräch in Amerika.

Report. Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten bildet gegenwärtig in Amerika das Tagesgespräch. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß das deutsche Volk sich auf amerikanischem Boden einen großen Teil der Wahrung wiedergewonnen hat, die es im Laufe der letzten Jahre verloren hat. Daß diese Feststellung nicht übertrieben ist, mögen die folgenden Äußerungen bekannter amerikanischer Politiker beweisen. So erklärte der Senator Borah, daß er nicht daran zweifle, daß nationales Gefühl und nationaler Geist in Deutschland wiedergeboren seien; wenn diese in richtige Bahnen gelenkt würden, so könnten sie helfen wirken, und er fühle, daß dies geschehen werde. Wahrscheinlich werde wieder viel über die deutschen Leistungen gesprochen werden, aber auch in dieser Beziehung glaube er nicht, daß viel passieren dürfte. Deutschland sei entwaffnet und könne nicht rücken, selbst wenn es dies wolle. Er glaube aber gar nicht, daß es dies überhaupt wünsche.

Ich erwarte von Deutschland, erklärte Borah weiterhin, einen ebenso klaren wie stolzen Versuch, danach zu trachten, seine nationale Integrität territorial und wirtschaftlich zurückzugewinnen.

Daß dies Deutschland gelinge, das wünsche ich aus einem besonderen Grunde, nämlich im Interesse Europas und der Welt. Auf der anderen Seite erwarte ich natürlich, daß Deutschland dabei den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung trägt.

Borah schloß: Ich denke, daß Ausland tiefer davon, als wir zu machen, daß das deutsche Volk das Recht hat, den Mann zu wählen, den es wünscht, und daß, bis die Tatsachen nicht dagegen sprechen, niemand ein Recht hat, zu bezweifeln, daß das deutsche Volk richtigen Grundbegriffen huldigt und eine richtige Politik verfolgt.

Der Staatssekretär Schwab erklärte in einer Unterredung, er glaube nicht, daß sich das Wahlergebnis in Deutschland irgendwie auf dem Finanzmarkt auswirken werde. Die Wahl Hindenburgs werde ferner auch auf die Regelung der Reparationen keinen andauernden Einfluß ausüben.

Der frühere Staatssekretär Lansing erklärte, daß er großes Vertrauen in den deutschen Geist habe, und daß er nicht glauben könne, daß das Wahlergebnis mit einer reaktionären Bewegung zusammenhänge.

Das Mitglied des Repräsentantenhauses Hamilton Fisher, einer der führenden Männer des auswärtigen Ausschusses im Weissen Haus, sagte bekanntlich: Ich glaube nicht daran, daß die Wahl Hindenburgs in politischer Hinsicht viel ausmacht, und ich bin durchaus überzeugt, daß, soweit die amerikanische Regierungspolitik, sowie die Einstellung der amerikanischen Bankiers in Betracht kommt, durch die Wahl nicht ein Jota geändert wird, ferner bin ich überzeugt, daß die Wahl auf die republikanische Regierungsform des deutschen Reiches ohne den geringsten Einfluß bleiben wird.

Diese Erklärungen führender amerikanischer Männer stellen natürlich nur Stichproben dar, sie beweisen aber doch schlagend, wie unverantwortlich die deutschen Antisemitiker handelten, als sie vorzunehmen versuchten, die Wahl Hindenburgs wäre gerade im Hinblick auf Amerika gefährlich. Mehrfach äußert sich auch die amerikanische Presse. Die Blätter betonen übereinstimmend, daß die Wahl des Feldmarschalls durchaus keine reaktionäre Bewegung darzustellen brauche, Deutschlands wirtschaftliches Wiederaufleben erstürtere oder gar die Republik dem Militarismus in die Hände treibe.

Nuhige Beurteilung in England.

London. Die politische Kreise, die von der Wahl Hindenburgs heimwärts übertrafen sind, drücken die Uebereinstimmung aus, daß die bisherige auswärtige Politik Deutschlands durch das Ergebnis der Präsidentschaftswahl keinerlei Wendung erfahren wird. Sie betonen, die Regierung sei dieselbe, und die deutschen Sicherheitsvorläufe lägen weiterhin auf dem Tisch. Wenn auch kein Zweifel an der Uebereinstimmung gemacht wird, daß die Aufstellung Hindenburgs am gegenwärtigen Augenblick ein „psychologischer Fehler“ gewesen sei, dessen Auswirkung auf die französische öffentliche Meinung und einen Teil der englischen öffentlichen Meinung die Bemühungen der britischen Regierung, in der durch die deutschen Vorschläge gegebenen Richtung fortzuführen, nicht gerade erleichtert werde, so wird doch die Auffassung vertreten, daß nach der Abgabe der britischen Regie-

Politische Tagesübersicht.

Das französische Kriegsgericht in Nancy hat am 7. April d. J. den früheren Oberstabsarzt vom 13. Infanterieregiment Dr. Bartholomäus Manger in Ingolstadt im Abwesenheitsverfahren wegen angeblich am 25. August 1914 in Chantehay, einem Dorf bei Lunéville, begangener Brandstiftungen und Plünderungen zu 20 Jahren Zuchthaus und Aufenthaltverbot in Frankreich für den gleichen Zeitraum verurteilt. Demgegenüber wird festgestellt, daß das Kriegsgericht ein wegen derselben französischen Beschuldigungen bereits im Jahre 1923 gegen Dr. Manger eingeleitetes Untersuchungsverfahren eingestellt hat, weil nicht der geringste Anhalt dafür besteht, daß der Beschuldigte im August 1914 in Chantehay in ein Haus eingedrungen ist, dort geplündert und das Haus in Brand gesetzt hat; ebensowenig dafür, daß er dort französische Zivilpersonen getötet oder deren Tötung veranlaßt oder sich daran beteiligt hat.

Der französische Ministerpräsident Painlevé hat gestern nachmittags dem deutschen Botschafter v. Goech einen Besuch abgelehnt.

Der 1. Mai in Groß-Berlin. Einer Korrespondenzmeldung zufolge wird, wie im verflossenen Jahre, auch diesmal am 1. Mai in Groß-Berlin nur eine bedingte Arbeitsruhe herrschen. Die hütischen Betriebe und eine Anzahl Großbetriebe der Privatindustrie haben ihren Angestellten und Arbeitern freigegeben, am 1. Mai um Urlaub einzufommen, soweit die Aufrechterhaltung der Betriebe eine Arbeitsleistung zuläßt. Die Verkehrsunternehmen und die lebenswichtigen Betriebe, wie Elektrizität, Gas, Wasserwerke usw., sollen im Rahmen des üblichen Sonntagsdienstes arbeiten. Auch die Eisenbahn wird am 1. Mai in gewohntem Umfang verkehren.

Verbot der „Kaufliefer Arbeiterzeitung“. Auf Grund einer Verfügung des bayerischen Ministeriums des Innern wurde die „Kaufliefer Arbeiterzeitung“, einschließlich ihrer Kopialblätter „Oberbairische Arbeiterzeitung“ und „Arbeiterzeitung für die Pfalz, Rheinhessen und das Rheingebiet“ wegen der Veröffentlichung von Briefen und eines Artikels „Aus dem Kampf der Weltrepublik“ für vierzehn Tage, bis einschließlich dem 8. Mai, verboten.

Japanische Notenanforderer im Sikkim. Die Chicago Tribune meldet aus Tokio, daß die japanische Regierung beschloffen habe, nach Beendigung der amerikanischen

zung an das Genfer Protokoll ein anderer Plan als der von der britischen Regierung befürwortete Sicherheitspakt der Weltmächte nicht in Betracht kommt. Dem europäischen Frieden werde am besten dadurch gedient, wenn nach Aussagen der Erregung eines Teils der öffentlichen Meinung in den alliierten Ländern über die Entscheidung des deutschen Volks in der bisherigen Richtung fortzufahren wird. Man verzicht keineswegs, daß der Vorschlag schließlich von der Reichsregierung in Deutschland kam. Es scheint kein Grund zu der Annahme zu bestehen, daß Deutschland irgendwelche Absicht hat, seine bisherige Haltung in einer der erwähnten Fragen zu ändern. Wie weit die Wahl vielleicht künftige Erörterungen mit der französischen Regierung in den Fragen beeinflusst, die für den Augenblick mehr oder weniger ruhen, kann nicht vorausgesehen werden; aber der Ton gewisser Organe jenseits des Kanals deutet darauf hin, daß eine Tendenz besteht, die die künftigen Besprechungen nicht leichter gestalten wird.

Unter der Ueberschrift: „Die Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten durch die Wahl Hindenburgs unverändert“ veröffentlicht die Press Association eine Mitteilung, in der es heißt, in den auswärtigen Beziehungen Deutschlands sei keine große Veränderung infolge der Wahl Hindenburgs zu erwarten.

Seheren und Zustimmung in Frankreich.

Paris. Zur Wahl Hindenburgs schreibt der Temps: Daß man sich nicht täuscht: Die Wahl des Feldmarschalls v. Hindenburg bedeutet eine Herausforderung für die Alliierten, für Europa und für Amerika. Man hat nicht das politische Genie des alten Mannes gesucht, als man ihn aus seiner Zurückgezogenheit in Hannover herausholte, sondern alle die Kräfte der Reaktion und der brutalen Revolution, die man hinter ihm vermutet und die durch ihn hoffen, daß die Stunde, da der Deutschland seine Militärmacht wiederherstellen könnte, beschleunigt wird, sind bereit, den Kampf aufzunehmen. Jetzt ist die Lage klar. Deutschland selbst hat die Waage gelöst, die es bis jetzt Kalven oder Mitschuldigen gehalten, an die Aufrechterhaltung seiner demokratischen und republikanischen Verfassung zu glauben, die Waage, die sein wahres Gesicht verborgen hat. Hinter der Waage zeigt sich das Gesicht Hindenburgs und beweis uns, daß Deutschland in seinen kriegerischen Intentionen und in seinem Herrscherwillen sich treu geblieben ist. Während die feindlichen Nationen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, weil sie es nicht verstanden haben, das Reich zu zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen, hat Deutschland seine vollkommene politische und wirtschaftliche Wiederaufrichtung durchgeführt. Es ist wieder stark geworden. Es ist wieder reich geworden. Seine Industrie arbeitet vollkommen. Wenn man mit ihr verhandeln will, stellt es Bedingungen. Wird man das Deutschland Hindenburgs in den Völkern aufnehmen? Wird man in diesem Deutschland die Bedingungen für eine allgemeine Derabsetzung der Rüstungen und für die Klausel eines gegenseitigen Garantiepakts sehen, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten? Wird man mit der Regierung Hindenburgs Polen zwingen, über die Frage der Veränderung der deutschen Ostgrenzen zu verhandeln?

Liberte schreibt: Callaux wird Minister in Frankreich, warum soll Hindenburg nicht Präsident in Deutschland werden? Diese beiden Ereignisse entsprechen der Logik einer Lage, die man faktisch betrachten muß. Es sei unnütz zu jammern, daß Deutschland einen alten, den Hohenzollern treu gebliebenen Soldaten gewählt habe. Es sei sogar gefährlich, sich darüber zu wundern; denn es sei das gekommen, was die Alliierten gewollt hätten. Sie hätten die Wiederaufrichtung Deutschlands betrieben. Vor zwei Jahren habe Deutschland vor dem Chaos und der Auflösung gestanden. Unter dem Einfluß des finanziellen Zusammenbruchs wäre Deutschland zerfallen. Ganze Gebiete wie Sachsen wären zum Kommunismus übergegangen. Im Westen, auf dem linken Rheinufer sei die separatistische Bewegung in ein bedenkliches Stadium getreten. In diesem Augenblick hätten die Alliierten eingegriffen, also in dem Augenblick, in dem der Sieg real geworden wäre. Nachdem die Alliierten Millionen Menschen hätten töten lassen, um Deutschland auf die Kniee zu zwingen, hätten sie ihm die hilfreiche Hand dargeboten. Sie hätten Erfolg gehabt, nur zu großen Erfolge — und durch dieses ganz natürliche Phänomen sei die Wahl Hindenburgs möglich geworden. Das sei die alte Fabel von dem Menschen, der eine Schlange am Büten genährt habe.

Mottenübungen am 2. Mai im Stillen Ozean große Schiffsmanöver abzuhalten, bei denen See-, Land- und Luftstreitkräfte eingesetzt werden sollen. Der Prinz von Japan wird an den Manövern teilnehmen.

Tagung des belgischen Parlamentes. Die die Morning Post berichtet, tritt das belgische Parlament heute zusammen. Das Kabinett Deunin, das am 8. dieses Monats demissioniert hat, wird vorläufig die Regierung weiterführen.

Die Kontrolle Desterreichs. Das Kontrollkomitee für Desterreich wird am 1. Mai in Paris seine Tagung beginnen. Den Vorsitz führt der Nachfolger des verstorbenen Senators Lantaroni, Marquis Casani. Die Konferenz wird vier bis fünf Tage dauern. Der Generalkommissar Dr. Zimmermann begibt sich morgen vorübergehend nach Paris, um dem Komitee Bericht zu erstatten.

Kommunistenverhaftungen in Turin. Nach der Stampa sind in Turin einige russische und bulgarische Kommunisten verhaftet worden, unter denen man Erwähnung der russischen revolutionären Organisationen vermutet.

Die Reorganisation der italienischen Luftstreitkräfte. Die Verhandlungen Mussolinis mit den Führern und Sachverständigen über die Reorganisation des Flugwesens sind abgeschlossen worden. Das Flugwesen soll einer besonderen Abteilung im Kriegsministerium mit einem besonderen Minister für Luftschiffahrt unterstellt werden. Die Umgestaltung des Flugwesens soll innerhalb Jahresfrist erfolgen. Die italienische Luftflotte wird aus 12 Einheiten bestehen. Dazu kommen noch die Kolonialstreitkräfte.

Auf dem pfälzischen Pressefest, das am Sonntag, den 2. Mai in Neustadt a. Rh. stattfand, wird auch Reichskanzler Dr. Luther eine Rede halten. Ferner sind als Sprecher angemeldet der bayerische Ministerpräsident Dr. Held und der Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

Ein kommunistischer Offener Brief.

Berlin. Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Offenen Brief der Zentrale der KPD. an den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und den Vorstand der sozialdemokratischen Partei, in dem beide aufgefordert werden, gemeinsam mit den Kommunisten zum Zeichen der Bereitschaft des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Monarchie (I) am Tage des Einzugs des Reichspräsidenten Hindenburg in Berlin einen 24 stündigen Generalstreik zu veranstalten.

Plötzlicher Tod des derzeitigen Leiters der Handelsvertretung der Sowjet-Union in Deutschland.

Berlin. Am Sonntag, den 26. April, ist nach kurzem schweren Leiden, an den Folgen eines Schlaganfalls, der derzeitige Leiter der Handelsvertretung der U. S. S. R. in Deutschland, Wassili Staroff, gestorben. Er leitete die Handelsvertretung als Stellvertreter des Handelsvertreter, nachdem Boris Stomonoloff zum Stellvertreter des Volkskommissar für den Außenhandel ernannt und nach Moskau berufen worden war.

Staroff ist im Jahre 1889 in Samara geboren. Er absolvierte die Technische Hochschule in Leningrad (St. Petersburg) und war dann in verschiedenen russischen Industrieunternehmen als Ingenieur tätig. Insbesondere arbeitete er in der russischen Elektrizitäts-Industrie. 1904 wurde er Direktor der Elektrizitätswerke in Waku. Später war er Direktor der Moskauer Elektrischen Straßenbahn und des ersten Moskauer Elektrizitätswerkes. Dort arbeitete er bis zu seiner Berufung durch den Rat der Volkskommissare in die Russische Handelsdelegation in London als Mitarbeiter Staroff für Elektrizitätsfragen. Seit 1920 befand sich Staroff in Berlin; seit dem Versterben der Handelsvertretung war er dort an leitender Stelle tätig. Auf dem Boiteu des Stellvertretenden Handelsvertreter hat sich Staroff außerordentliche Verdienste um den Wiederaufbau der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen erworben. Er erregte sich in deutschen Wirtschaftskreisen infolge seines sachmännlichen Wissens, seiner Sachlichkeit und seines offenen, geraden Wesens großer Beliebtheit. Sein Ableben bedeutet für Russland wie auch für die deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen einen großen Verlust.

Die Trauerfeier für den Verstorbenen findet heute Dienstag nachmittags 5 Uhr im Gebäude der Botschaft der U. S. S. R. in Deutschland, Berlin, Unter den Linden 7, wo der Sarg aufgebahrt ist, statt. Die Einäscherung wird am Mittwoch, den 29. April, in Berlin erfolgen.

Der Reichskanzler im Ruhrgebiet.

Essen. Auf der Tagung des rheinisch-westfälischen Kohlenberaubers ergriff Reichskanzler Dr. Luther als Vertreter der Gäste das Wort zu einer kurzen Ansprache, in der er das Ergebnis der Tagung würdigte. Der Reichskanzler betonte, daß er keine politische Rede halten werde, wie das vielleicht mancher im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl erwartet haben könnte. Man könne freilich ohne Politik nicht auskommen, aber letztes Ende sei doch alles getragen von der Wirtschaft. Nur dürfe man den Bereich der Wirtschaft nicht zu eng nehmen. Es gebe freilich manchen Kraftmittelpunkt in Deutschland, aber der stärkste und zukunftsreichste sei das Ruhrgebiet. Das Ruhrgebiet sei ein besonderes Stück deutscher Welt, von innerer Kraft und von Zukunftssicherheit, wengleich auch noch unerbötlicher Aufgaben, und, wenn es gelinge, durch wissenschaftliche Fortschritte die Auszubereit der Kohle immer mehr zu steigern, dann werde sich daraus auch ein weiteres Blüten deutscher Wirtschaft und deutscher Industrie entwickeln.

Freiherr v. Walhan im New Yorker Bankierklub.

New York. (Funknachr.) Bei einem ihm zu Ehren gegebenen Frühstück des New Yorker Bankierklubs ergriff der deutsche Botschafter Freiherr von Walhan das Wort und versicherte, das deutsche Volk werde alles tun, was in seiner Macht liege, um die Verpflichtungen zu erfüllen, die es mit den ihm gewährten Krediten eingegangen sei. Dies beziehe sich sowohl auf die kurzfristigen Betriebskredite, wie auf die langfristigen Anleihen zur Erschließung produktiver Erwerbsquellen. Das deutsche Volk sei sich dessen voll bewußt, daß es gebilligte Verpflichtungen zu halten habe. Aber was nützen ihm Kredite und produzierte Waren, wenn keine Märkte vorhanden seien, um sie absetzen zu können?

Trendelenburg wieder in Paris.

Paris. Der Führer der deutschen Handelsdelegation Staatssekretär Dr. Trendelenburg ist in Paris eingetroffen. Er besuchte heute vormittag den Handelsminister Chaumet. Der Besuch dauerte etwa eine Stunde. In dieser Sitzung wurde das Arbeitsprogramm für die nächsten Tage besprochen. Die nächste Volltagung der beiden Delegationen ist am Mittwoch.

Vertagte Prozesse.

Berlin. Die für den 28. April ursprünglich in Aussicht genommene Prozessverhandlung gegen Freiherrn v. Forstner und Genossen vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik wegen Verleumdung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Ebenfalls der Vertagung anheimgegeben ist der Nachtragsprozess zum Rathenauprozess gegen den Oberleutnant a. D. Brandt und den Fabrikbesitzer Rachenmeister.

Die Rechtsgültigkeit der Ruhr-Berordnung bestätigt.

Leipzig. (Funknachr.) Das Reichsgericht hat die Revision der kommunistischen Landtagsabgeordneten Schläffer, Göb und Büchs in München gegen ihre Verurteilung wegen der verbotenen Fortführung der KPD während des bayrischen Ausnahmezustandes verworfen. Mit der Revision war die Rechtsgültigkeit der Maßnahmen, die Bayern auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung getroffen hatte, insbesondere derjenigen der sogenannten Ruhr-Berordnung vom 11. November 1923 nach der formellen wie nach der materiellen Seite angefochten worden. Der höchste Gerichtshof des Reiches hat also für die genannte Straftat die grundlegenden Rechtsfragen, die bei der Anwendung und Auslegung des vielgenannten Artikels 48 der Reichsverfassung aufgetaucht waren, wenn auch mehrfach mit wechselnden Begründungen, in üblichem Sinne entschieden, in dem der bayrische Staatsgerichtshof und der ordentlichen Gerichte Bayerns in nahezu einmütiger Rechtsprechung — nur das Schwurgericht Würzburg machte eine Ausnahme — dazu Stellung genommen hatten.

Die Untersuchung des Sofioter Attentats.

Sofia. Die Untersuchung über das Attentat in der Kathedrale hat nun auch ergeben, wobei die agrar-kommunistischen Verschwörer das Geld zur Ausführung ihres Planes bekamen. Der Direktor der Bank Generale Cordoba, der Direktor der Bank Bulgari Leger und der Fabrikdirektor Jirni wurden verhaftet. Die verhafteten Personen sollen Mittelsmänner der russischen Geldbesitzer gewesen sein.